



**Sitzungsvorlage**  
**200/126/2013**

Amt/Abteilung: Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung Datum: 03.09.2013	Aktenzeichen: 240-De		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	09.09.2013	Vorberatung	
Hauptausschuss	17.09.2013	Vorberatung	
Stadtrat	01.10.2013	Entscheidung	

**Betreff:**

1. Nachtragshaushaltssatzung 2013 mit Nachtragshaushaltsplan, Nachtragsstellenplan sowie Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung und Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt den Nachtragshaushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1. im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	118.160.053,00 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>130.559.026,00 €</u>
Jahresüberschuss / <b>Jahresfehlbetrag</b>	- 12.398.973,00 €
  
2. im Finanzhaushalt

die ordentlichen Einzahlungen auf	112.936.053,00 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>120.176.815,00 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-7.240.762,00 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	19.929.750,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>28.100.269,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	- 8.170.519,00 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	18.134.281,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>2.723.000,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	15.411.281,00 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	151.000.084,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>151.000.084,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	- 0,00 €
  
3. Verpflichtungsermächtigungen 4.535.000,00 €
  
4. über den Nachtragsstellenplan
  
5. die Verbindlichkeit der Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2014 - 2016

6. Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung

im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	211.590,00 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>393.800,00 €</u>
Jahresüberschuss / <b>Jahresfehlbetrag</b>	-182.210,00 €

im Finanzhaushalt

die ordentlichen Einzahlungen auf	211.590,00 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>333.500,00 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-121.910,00 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	436.000,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	436.000,00 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	647.590,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>333.500,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	314.090,00 €

**Begründung:**

Die Ämter und Abteilungen wurden von Seiten der Kämmereiabteilung aufgefordert, sich abzeichnende Veränderungen vorzulegen. Zwischenzeitlich wurden alle Veränderungen, die zum oben aufgeführten Ergebnis führen, in einen Nachtragshaushaltsplan eingearbeitet, der nun beschlossen werden soll.

**Ergebnishaushalt:**

Im Ergebnishaushalt verbessert sich der im 1. Nachtragshaushalt veranschlagte Jahresfehlbetrag von 13.366.772 Euro um 967.799 Euro auf insgesamt 12.398.973 Euro. Dieses Ergebnis resultiert aus Mehrerträgen in Höhe von 2.088.171 Euro und Mindererträgen von 69.183 Euro sowie Mehraufwendungen von 1.632.005 Euro und Minderaufwendungen in Höhe von 580.816 Euro. So erhöht sich der im 1. Nachtragshaushalt veranschlagte Gesamtbetrag der Aufwendungen von bisher 129.507.837 Euro auf insgesamt 130.559.026 Euro. Parallel dazu erhöht sich der Gesamtbetrag der Erträge von bisher 116.141.065 Euro um 2.018.988 Euro auf insgesamt 118.160.053 Euro.

Ursächlich hierfür ist die weiterhin sehr gute Entwicklung der Gewerbesteuer, die um weitere 250.000 Euro auf nunmehr 23.000.000 Euro angehoben werden konnte. Die Aufwendungen für die Gewerbesteuerumlage nehmen infolge der positiven Entwicklung der Gewerbesteuer um 43.290 Euro zu. Einen Anstieg gab es bei den Gewinnausschüttungen. Hier konnte aufgrund der erhöhten Gewinnausschüttung der Sparkasse (Wirtschaftsjahr 2012) der Ansatz um 191.380 Euro angehoben werden.

Weiterhin zu erwähnen sind die positiven Auswirkungen durch die Entlastungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen im Sozialbereich.

Durch die schrittweise Übernahme der Aufwendungen für die Grundsicherung durch den Bund (im aktuellen Haushaltsjahr 75 % der Nettoaufwendungen) kann der Ansatz bei den Zuweisungen durch das Land um 497.878 Euro auf nunmehr 2.273.226 Euro erhöht werden.

Auch im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen konnten die Erträge um insgesamt 339.000 Euro verbessert werden. Dies beruht im Wesentlichen auf einschlägiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes, das Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in Internaten anders bewertet als in der Vergangenheit. Dadurch ergibt sich durch eine rückwirkende Abrechnung eine zusätzliche einmalige Erstattung von über 480.000 Euro.

Darüber hinaus konnten die Erträge bei den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes um den Nettobetrag von 217.200 Euro erhöht werden, was mit der Anpassung des Erstattungsanteiles aufgrund der erhöhten Aufwendungen bei den Kosten der Unterkunft sowie für das Bildungs- und Teilhabepaket in unmittelbarem Zusammenhang steht.

Bei den Aufwendungen für Personal, sowie Sach- und Dienstleistungen sind folgende Positionen hervorzuheben. Beim Produktkonto 5731.5231 wurde der Ansatz um 500.000 Euro reduziert, da die zu erwartenden Sanierungskosten des ehemaligen Geländes des Baubetriebsamtes erst im Haushaltsjahr 2014 anfallen.

Darüber hinaus wurden bei dem Produktkonto 5710.52551 Mehraufwendungen in Höhe von 120.000 Euro aufgrund der Vermarktungserfolge im Gewerbegebiet D 9 eingestellt. Gleichzeitig wurden Erstattungen im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet D 10 um 575.000 Euro reduziert, da sich der Maßnahmenbeginn in das Haushaltsjahr 2014 verschiebt.

Beim Produktkonto 5117.52548 wurden die Erstattungsleistungen an den EWL um 88.000 Euro entsprechend der Personalreduzierung vermindert.

Bei den Zinsaufwendungen konnten die Aufwendungen aufgrund der weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase um 180.000 Euro gemindert werden.

Die Aufwendungen für die Schülerbeförderung beim Produktkonto 2410.5241 mussten um den Betrag von 195.000 Euro aufgrund steigender Erstattungsanträge sowie allgemeinen Preissteigerungen nach oben angepasst werden.

Ebenso mussten die nichtförderfähigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Konversionsmaßnahme Estienne & Foch, insbesondere bedingt durch die Aufwendungen für die Kampfmittelsondierung/-räumung beim Produktkonto 5113.5292 um 282.000 Euro erhöht werden.

Im Übrigen gab es lediglich marginale Anpassungen an die tatsächlich zu erwartenden Mittelabflüsse.

### **Finanzhaushalt:**

Im Finanzhaushalt verbessert sich der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen um 1.006.500 Euro. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die gleiche Begründung wie bereits beim Ergebnishaushalt, da die bebuchten Konten auch in gleicher Höhe ihren Niederschlag im Finanzhaushalt finden.

Zum Investitionshaushalt ist anzumerken, dass sich der Gesamtkreditbedarf zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 9.199.586 Euro auf nunmehr 8.170.519 Euro reduziert hat. Dieser Betrag beinhaltet auch sämtliche Investitionen, die im Zusammenhang mit der Landesgartenschau 2015 stehen. Der Kreditbedarf des Eigenbetriebes Gebäudemanagement vermindert sich von bisher 1.869.100 Euro auf nunmehr 1.415.215 Euro, so dass sich rechnerisch für das Haushaltsjahr 2013 nunmehr ein Gesamtkreditbedarf von 9.585.734 Euro für Stadt und GML

ergibt. In diesem Betrag sind insgesamt 7.207.903 Euro zur Finanzierung der Investitionen der Landesgartenschau 2015 enthalten.

Der originäre Kreditbedarf zur Finanzierung des städtischen Haushaltes sowie des Vermögensplans des Eigenbetrieb GML beläuft sich somit auf 2.377.832 Euro. Der von Seiten der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier vorgegebene Gesamtbetrag der Kreditemächtigungen für das Haushaltsjahr 2013 kann demnach eingehalten werden.

Die Reduzierung des Kreditbedarfes beruht im Wesentlichen auf die vorgenommenen Fortschreibungen der im Haushaltsplan eingestellten Investitionen. Neue Maßnahmen von finanzieller Bedeutung wurden nicht in den Nachtragshaushalt aufgenommen. Die vorgenommenen Veränderungen basieren insbesondere an der zeitlichen Anpassung der Realisierung der Maßnahmen im Bereich des Straßenbaus (Erwerb Straßengelände, Heinrich-Heine-Platz, Südring, Erschließung Gewerbepark D 9, K 7 - Maximilianstraße), Maßnahmen im Zusammenhang mit dem ÖPNV (Busbahnhof), der Kindertagesstätten ( Ev. Kita Nußdorf und Kath. Kita Mörlheim), Grunderwerb für das Gewerbegebiet D 10 sowie Investitionen im Bereich der Landesgartenschau einschließlich der Veränderungen im Zusammenhang mit der Kampfmittelräumung/-sondierung, die zusätzlich bzw. erst im Folgejahr zur Ausführung gelangen.

So wurden die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von bisher 20.206.979 Euro um 277.229 Euro auf insgesamt 19.929.750 Euro und die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von bisher 29.406.565 Euro um 1.306.296 Euro auf 28.100.269 Euro reduziert. Dies führt dazu, dass sich der ursprüngliche Gesamtkreditbedarf zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 9.199.586 Euro um 1.029.067 Euro auf 8.170.519 Euro vermindert. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung kann ebenfalls im Rahmen des Nachtragshaushaltes von bisher 12.970.262 Euro um 3.006.500 Euro auf 9.963.762 Euro vermindert werden.

Hinsichtlich des Stellenplans wird auf die Ausführungen in den Unterlagen verwiesen.

**Auswirkung:**

Siehe Anlage

**Anlagen:**

Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2013  
Gesamtübersicht  
Darstellung der Veränderungen im Investitions- und Ergebnishaushalt  
Ergebnishaushalt 2013, 1. Nachtrag  
Finanzhaushalt 2013, 1. Nachtrag  
Ergebnis- und Finanzhaushalt Bürgerstiftung 2013, 1. Nachtrag  
Nachtragsstellenplan

Beteiligtes Amt/Ämter:

Hauptamt  
Gebäudemanagement

Schlusszeichnung:

--

